

Rating kurz notiert

EU-Lizenz für Feri

Von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ist die Feri Euro-Rating Services AG als EU-Ratingagentur für Kreditratings zugelassen worden. Damit gehört das Unternehmen aus Bad Homburg zu lediglich drei Ratingagenturen in Europa, die bislang gemäß EU-Verordnung registriert sind. Feri ist spezialisiert auf Länderratings für Staaten als Anleiheemittenten und bietet diese Leistung schon seit mehr als 20 Jahren an. In der Zulassung sieht die Agentur eine Bestätigung für die Qualität und Transparenz ihrer Methoden und Verfahren. Das Unternehmen plant, sein bestehendes Ratinggeschäft länderübergreifend weiter auszubauen.

Durch die EU-Verordnung werden die Ratingagenturen erstmals einer staatlichen Aufsicht unterstellt und ihre Zulassung an strenge Auflagen geknüpft, um Qualität und Unabhängigkeit des Ratingurteils zu sichern. Um Interessenkonflikte zu vermeiden, ist es zum Beispiel verboten, Beratungs- und Ratingdienstleistungen für denselben Mandanten anzubieten. Außerdem gilt es, ein Rotationsprinzip für Ratinganalysten vorzusehen. Darüber muss der Aufsicht fortlaufend berichtet werden. Zudem ist über Ratingergebnisse, -arbeitsmethoden und -modelle sowie das Dienstleistungsangebot und die Eigentümerstruktur zu informieren.

Sachsen mit Bestnote

Von Standard & Poor's (S&P) ist Sachsen mit der höchsten Ratingnote bewertet worden. Damit leisten sich nunmehr acht der 16 Bundesländer ein Rating bei einer der großen, internationalen Ratingagenturen. Das Risiko, dass Sachsen seine Kredite nicht fristgerecht bedienen kann, wird als sehr gering eingeschätzt. Geringer sogar, als dies für Baden-Württemberg angenommen wird, das mit „AA plus“ benotet wurde.

Begründet wurde die hohe Bonitätseinstufung für Sachsen mit der guten Haushaltslage, der soliden Wirtschaftsleistung – der höchsten unter den ostdeutschen Ländern – und der im Vergleich zu anderen Bundesländern geringen

Verschuldung. Berücksichtigt wurde in dem Rating auch eine Bürgschaft in Höhe von 2,75 Milliarden Euro, die das Land beim Notverkauf seiner Landesbank, der Sachsen-LB – heute Sachsen Bank, an die LBBW übernommen hat. In der Ratinganalyse wurde angenommen, dass die Bürgschaft, die bislang nur in Höhe von 170 Millionen Euro gezogen wurde, vollständig in Anspruch genommen wird.

Erwartet wird außerdem, dass die Steuereinnahmen des Freistaates weiter steigen. Zudem ist Sachsen nach Berlin der größte Empfänger von Transferzahlungen des Bundes und der Länder. Gleichzeitig setzt das Land seine Entschuldungspolitik konsequent fort, sodass sich das Volumen der aktuell umlaufenden Anleihen des Freistaates nur auf gut eine Milliarde Euro summiert.

Moody's: Landesbanken auf dem Kieker

Moody's Investors Service nimmt sich die Landesbanken vor. Denn die Ratingagentur sieht die politische Unterstützung für die größten Kreditinstitute des öffentlich-rechtlichen Sektors und deren Tochtergesellschaften schwinden. Zwar lieferten auch neue globale Risiken, internationale Regulierungsvorhaben und die anhaltende Schwäche der Finanzmärkte hinreichende Gründe, die Ratingurteile zu überprüfen, doch nahmen die Analysten bisher an, dass die Landesbanken im Falle einer Schiefelage vom Staat oder den Ländern aufgefangen werden. Mit dem seit Januar geltenden Restrukturierungsgesetz hat dieses Vertrauen jedoch gelitten. Den bisherigen „politischen“ Ratingbonus haben die Landesbanken damit verloren. Künftig werden sie wie private Kreditinstitute behandelt.

Im Zuge des Restrukturierungsgesetzes hatte Moody's bereits im Frühjahr die Ratings der nachrangigen Verbindlichkeiten herabgesetzt. Jetzt stehen die erstrangigen Verbindlichkeiten und Depositen im Fokus. Auch hier sind Ratinganpassungen wahrscheinlich. Da die Pfandbrief-Ratings nur begrenzt von den Bankratings abweichen dürfen, könnten in einigen Fällen womöglich auch die Urteile für Pfandbriefe angepasst werden. So haben beispielsweise die Hypothe-

ken- und öffentlichen Pfandbriefe der HSH Nordbank sowie die öffentlichen Pfandbriefe der WestLB nur noch eine Ratingstufe Puffer, bevor eine Herabstufung des Emittentenratings auch die Pfandbriefe erfasst.

An einer zu geringen Finanzstärke der Landesbanken soll es diesmal nicht liegen. Die Ratingagentur registriert in diesem Punkt sogar eine deutliche Kräftigung. Allerdings geht diese den Analysten noch nicht schnell genug, vor allem aber reiche sie nicht aus, um den abnehmenden politischen Beistand zu kompensieren. Zugleich nimmt die Systemrelevanz einiger Institute in dem Maße ab, wie sie den von der EU verordneten Bilanzabbau umsetzen. Auch deshalb dürfte der Bund bei künftigen wirtschaftlichen Schiefagen der Institute weniger Handlungsdruck verspüren, zumal die Strukturen des Landesbankensektors ohnehin im Einflussbereich der Länder liegen.

Negative Ausblicke für Italien und Belgien

Zieht die Schuldenkrise im Euroraum nach Griechenland und Portugal nun weitere Kreise?

Standard & Poor's hat offensichtlich erhebliche Zweifel an der Entschlossenheit und Durchsetzungsfähigkeit der italienischen Regierung bei der Haushaltskonsolidierung. Die Kreditwürdigkeit des Landes steht zwar noch bei „A plus“, allerdings wurde der Ausblick von „stabil“ auf „negativ“ gesenkt, was für erheblichen Aufruhr an den Kapitalmärkten sorgte. Um die Märkte wieder zu beruhigen, kündigte die italienische Regierung an, ihr Sparpaket über 35 bis 40 Milliarden Euro nicht erst im September, sondern schon im Juni vorzulegen.

Derweil hat Fitch Ratings zwar das Ausfallrating für Belgien auf „AA plus“ belassen, aber den Ausblick von „stabil“ auf „negativ“ korrigiert. Begründet wurde die Maßnahme mit der anhaltenden Regierungskrise. Seit der Parlamentswahl im April 2010 schafften es die Parteien nicht, sich auf eine neue, handlungsfähige Regierung zu einigen. Dadurch sieht die Ratingagentur die langfristige Haushaltsplanung gefährdet.